

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

13. Juni 1946

Blatt 855

Zur Ausgabe von Vitamin C - Eibischteig

=====

Das Marktamt der Stadt Wien gibt bekannt:

Für den jetzt zur Ausgabe gelangenden Vitamin C - Eibischteig ist ein Verbraucherpreis von 22 g je Säckchen zu 30 Gramm festgesetzt.

Die Budgetdebatte im Gemeinderat

=====

Bürgermeister Körner eröffnete die Sitzung um 13 Uhr. Zur Verhandlung gelangte der Vorschlag der Verwaltungsgruppe VI, "Bauwesen".

Amtsführender Stadtrat Novy begann sein Referat mit der Feststellung, dass gegenwärtig von keiner nennenswerten Neubautätigkeit gesprochen werden kann, weil alle Kräfte darauf konzentriert werden müssten, um so rasch als möglich die Kriegsschäden zu beheben. Die Bautätigkeit und die Wiederaufbautätigkeit wäre nicht nur ein finanzielles Problem, sondern vor allem ein Problem der Materialbeschaffung und der Bereitstellung von Arbeitskräften. Gegenwärtig sind alle Baumaterialien staatlich bewirtschaftet. Die Stadt Wien soll aus dem in ganz Österreich aufzubringenden Materialkontingent 27 % erhalten. Gemessen an den Schäden würde das eine Benachteiligung bedeuten, weil die Schäden in der Stadt Wien ungefähr zwei Drittel der Gesamtbauschäden von ganz Österreich ausmachen. Obwohl der prozentuelle Anteil Wiens bereits festliegt, ist aber dem Ministerium für Wiederaufbau die Gesamtmenge der 100 % noch nicht bekannt. Da ausserdem aber 30 % an Baumaterialien für die Alliierten vorgesehen sind, würde sich der Anteil Wiens auf 18 bis 19 % reduzieren. Ein schwieriges Problem sei auch die Beschaffung von Dachziegeln und von Holz. Wenn es nicht gelingen sollte, die noch vorhandenen Dachschäden vor der Regenperiode wenigstens provisorisch zu reparieren,

würden zu den 110.000 durch den Krieg verloren gegangenen Wohnungen noch weitere 20.000 hinzukommen. Was das Holz betreffe, so hätte die Gemeinde Wien erstmalig vor ungefähr 14 Tagen vom Wiederaufbauministerium Anweisungen auf 10.000 m³ Holz erhalten, mußte aber die Wahrnehmung machen, daß die Holzlieferanten keineswegs in der Lage sind, diese Anweisungen einzulösen. Vorläufig ist mit nur 2000 m³ zu rechnen.

Trotz aller Schwierigkeiten konnten seitens des Stadtbauamtes sehenswerte Leistungen erzielt werden. So wurden von der Gruppe Straßenbau 4457 Bombenrichter endgültig oder provisorisch behoben. Von 1384 Gebrechen am Kanalnetz waren bis Ende März 1946 1092 behoben, während an 130 noch gearbeitet wird. Von 3229 Gebrechen am Wasserleitungsnetz sind bereits 97 % behoben. Es werden aber immer wieder neue Schäden bekannt, die nur mittels spezieller Horchgeräte festgestellt werden können. Von den 950 km der öffentlichen Beleuchtung waren nach Beendigung der Kriegshandlungen 230 km vollständig zerstört und 330 km schwer beschädigt, der Rest außer Betrieb. Bis Ende März dieses Jahres waren bereits wieder 340 km intakt und 250 km sollen noch im heurigen Jahr instandgesetzt werden. Von den ursprünglich berechneten 800.000 m³ Schutt auf öffentlichen Straßen und Plätzen wurden bisher 200.000 m³ abgeräumt. Die durchschnittliche Wochenleistung beträgt gegenwärtig 8000 m³, bei Beibehaltung dieser Kapazität würde es noch 80 Wochen dauern, bis der Schutt aus den Straßen Wiens verschwunden sein wird. Dazu kommt aber, daß auf bereits abgeräumte Plätze von der Bevölkerung immer wieder neuer Schutt aus dem Inneren der Häuser herausgebracht wird und daß aus künftigen Ruinensprengungen mit einem enormen neuen Schuttanfall zu rechnen ist.

Die Stadt Wien wird bei der Kriegsschadenbehebung in der nächsten Zeit alle Anstrengungen machen müssen, um so bald als möglich mit einer Neubautätigkeit beginnen zu können. Nicht vergessen werden darf, daß aber auch eine solche Neubautätigkeit wieder von der Beschaffung der Baumaterialien, der Arbeitskräfte und der Möglichkeit, Baugründe zu bekommen, abhängig ist.

Stadtrat Novy betonte die Notwendigkeit eines Regierungsbeschlusses, der der Stadt Wien die Möglichkeit gibt, Baugründe gegen Bezahlung zu enteignen. Mit einer Würdigung der grossartigen Leistungen des gesamten Personals des Bauamtes der Stadt Wien schloss Stadtrat Novy seine Ausführungen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Als erster Redner in der Debatte sprach GR. Bock (SPÖ). Das Baugewerbe ist das Schlüsselgewerbe und aus diesem Grunde muss angestrebt werden, dass so rasch als möglich die Bautätigkeit auf höchste Touren kommt.

Es wurde hier schon einmal der Antrag gestellt, dass die Gemeinde Wien jährlich 6.000 zerstörte Wohnungen wieder instandsetzen und 2.000 Wohnungen neu erbauen soll. Trotz grösster Anstrengungen war es aber nicht möglich, dieses Programm zu erfüllen. Das Fehlen von Baustoffen, Transportmitteln und geschulten Arbeitskräften aber auch von Hilfskräften ist daran Schuld.

Und doch wurde bisher von den Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden des Baugewerbes und der Baustoffherzeugung Ausserordentliches geleistet. Sie sind die Bürgen dafür, dass das Bauprogramm der Gemeinde Wien trotz aller Schwierigkeiten erfüllt werden wird. Der Redner appellierte in diesem Zusammenhang an diejenigen, die heute noch abseits stehen, dass sie sich einreihen mögen in den segensreichen Arbeitsprozess, in den Wiederaufbau von Wien.

Die Gemeinde Wien muss unermüdlich trachten, dass die Zuteilung von Baustoffkontingenten bedeutend verbessert wird. Es ist unerträglich, dass Wien für alle seine Privat- und Gemeindebauten nur 19 % der in Österreich vorhandenen Baustoffkontingente erhält. Es darf nicht sein, dass weitere 20.000 Wohnungen wegen Mangel an Baustoffen unbrauchbar werden. Wien muss daher grössere Kontingente erhalten. (Beifall)

Zum Schluss sagte der Redner, dass das Bauwesen als Schlüssel benützt werden möge, um das Tor aufzuschliessen, für eine bessere Zukunft Wiens und ganz Österreichs. (Beifall)

Gemeinderat Kammermayer (ÖVP) betonte, daß es in den letzten Monaten gelungen sei, die Produktion in Kalk, Zement, Dachpappe und Ziegel anlaufen zu lassen. Das Schwerste sei aber noch immer die Beschaffung des nötigen Bauholzes. Die Welt befaßt sich mit dem Export von Holzhäusern, während wir nicht einmal unseren dringenden Bedarf an Bauholz decken können. Große Schuld daran trägt die Demarkationslinie. Der Redner appellierte an die Besatzungsmächte, doch endlich dieser gequälten Stadt und den hungrigen und obdachlosen Menschen wirkliche Freiheit und Frieden zu verschaffen. (Beifall)

Bezüglich Kanalisation wurde verlangt, daß auch der 12. Bezirk mit Altmannsdorf und Hetzendorf in das Kanalnetz einbezogen werden möge.

Der Straßenpflege sollte besonderes Augenmerk zugewendet werden, denn für die Fremden seien die Straßen das Spiegelbild des Landes.

Zum Schluß betonte der Redner, daß die ÖVP absolut kein Gegner der kommunalen Wohnpolitik sei und daß in edlem Wettstreit zwischen der Gemeinde Wien und den privaten Bauunternehmungen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung Bauten errichtet werden sollten. (Beifall)

Gemeinderat Kammermayer brachte noch einen Nachtragsantrag zur Verwaltungsgruppe II "Finanzwesen" ein. In diesem wird verlangt, von der zwangsweisen Eintreibung von Steuern, die infolge von Kriegsschäden rückständig sind, Abstand zu nehmen und diese über Ansuchen der Steuerpflichtigen zu stunden.

Gemeinderat Maller (KPÖ) stellte fest, daß in den 11 Jahren Faschismus nichts mehr gebaut wurde. (Zwischenrufe bei der ÖVP "Assanierungsbauten") Er erinnerte an das Wohnungselend in den Arbeiterbezirken und verwies auf das Bauprogramm der Kommunistischen Partei. Unter Hinweis auf die von den Sozialisten versprochenen 2000 Wohnungen für das Jahr 1946 betonte er, daß man keine leichtfertigen Anträge stellen soll, wenn keine Möglichkeit besteht, sie zu verwirklichen. (Allgemeine Heiterkeit im Saale.) Er beantragte, die Zahl der im heurigen Jahr wieder herzustellenden Wohnungen von 6000 auf 8000 zu erhöhen und die vorgesehenen 2000 neuen Wohnungen im Jahre 1947 in Angriff zu nehmen, so daß im kommenden Jahre mit dem Bau von insgesamt 4000 Wohnungen begonnen werden soll.

GR. Olah (SPÖ) kritisierte es, dass Wien nur ein Fünftel der österreichischen Baumaterialien bekommen soll. Er wies darauf hin, dass in Rodaun 1200 Waggonladungen Zement liegen, die von niemanden abgeführt werden, weil die Transportmittel fehlen. So wie in diesem Falle wäre es in ganz Österreich, dass viele Dinge immer an einer Stelle liegen bleiben, während sie an einer anderen dringend benötigt werden.

Es wäre bisher nicht möglich gewesen, von den Alliierten die Bewilligung zu bekommen, dass die Wiener Bauarbeiter Schwerarbeiterkarten erhalten, während die Alliierten auf der anderen Seite den nach Kärnten verpflichteten 500 italienischen Ziegelerarbeitern eine Schwerarbeiterkarte von Haus aus in den Vertrag gestellt haben. Ferner wies der Redner auf die gute Verpflegung in den Wiener Ausländerlagern hin, deren Insassen wohl unsere Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, aber nicht zu bewegen wären, an der Aufbauarbeit Wiens mitzuhelfen. (Bewegung).

GR. Lifka (ÖVP) sprach von den grossen Schwierigkeiten im Baugewerbe und davon, dass alles daran gesetzt werden müsse, um bald wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen.

Die Gemeinde Wien sollte an das zuständige Bundesministerium herantreten, damit dieses das Einvernehmen auf diesem Gebiet zwischen den Bundesländern und der Gemeinde Wien herstellen möge. Es sollte sich auch der Österreichische Städtebund einschalten, um die Verhandlungen zhestens in die Wege zu leiten. Auch GR. Lifka richtete an die Alliierten die Bitte, wohl eine Kontrolle auszuüben, aber uns selbst verwalten zu lassen. (Beifall)

Die Bautätigkeit in Wien sollte derzeit mehr überprüft werden. Viele Luxuslokalitäten könnten ihre Räumlichkeiten und Fassaden herichten. Es sollten den Besitzern solcher Lokalitäten keine Baubewilligungen gegeben werden.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues sollten neue Wege beschritten werden. In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage der finanziellen Bedeckung solcher Neubauten auf. Man kann nicht der Bevölkerung wieder neue Steuern auferlegen, sondern sollte sich mit dem Gedanken einer Wohnbauanleihe näher beschäftigen.

Auf das Bauen von Siedlungen sollte das Hauptaugenmerk gerichtet werden. Es wird dann möglich sein, dem Arbeiter die wirkliche Familienkultur und das Familienglück zu verschaffen, wenn er nicht nur seine Wohnung, sondern auch ein Stück Garten besitzt.

Wenn an diese Dinge ernst und sachlich herangegangen wird, muß es möglich sein, Wien wieder einer gesunden Wohnkultur entgegenzuführen. (Beifall)

Gemeinderat Dionstl (SPÖ) sprach über die Befruchtung, die das Gewerbe durch die Bautätigkeit der Gemeinde vor 1934 erlebt hat. 70 % der Wiener Schlosserbetriebe haben von diesen Aufträgen gelebt. Auch die Gewerbebetriebe leiden derzeit großen Mangel an Rohmaterial.

Der Redner richtete an den amtsführenden Stadtrat die Anfrage, welcher Verwendung die Flaktürme zugeführt werden könnten.

Gemeinderat Dr. Kresse (ÖVP) bemerkte, daß die ganze Wiener Bevölkerung auf den Wiener Gemeinderat schaue und erwarte, daß von ihm etwas Positives geleistet werde. Jeder Antrag, der eingebracht wird und infolge der augenblicklichen Situation keine Aussicht auf Verwirklichung hat, wäre für die Straße gesprochen. Es müsse anerkannt werden, daß die Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn, der Straßenbeleuchtung und aller Reparaturarbeiten in erstaunlich kurzer Zeit durchgeführt wurde. Mit einfachen Mitteln und wenig Aufwand wurde Hervorragendes geleistet. Es wäre zweckmäßig, daß vor Sprengung von Hausruinen von einer aus Spreng- und Baufachleuten zusammengesetzten Kommission bestimmt wird, ob nicht doch noch eine Wiederaufbaumöglichkeit besteht. Auf diese Weise wäre es möglich, manches Wohnhaus zu retten und auch viel Arbeit und Kosten blieben erspart. Gemeinderat Dr. Kresse machte den Vorschlag, bei Vergabe von Gemeindeaufträgen die Gewerbetreibenden nach Leistung, Können und Fähigkeiten auszuwählen und die Aufträge nicht nach politischen Gesichtspunkten zu vergeben.

Gemeinderat Dr. Prutscher (ÖVP) beschäftigte sich mit den Schwierigkeiten der Holzbeschaffung. Viele Holzknechte waren eingerückt und nur wenige sind zurückgekommen. Außerdem wurden nicht weniger als 5 Millionen Kubikmeter Holz im letzten Winter verheizt. Der Redner fragte nach den Kosten, die der Gemeinde Wien durch die Kommunalisierung der Möbelproduktion erwachsen könnten. Der Redner berichtete weiter davon, daß in Österreich Möbel erzeugt werden, deren Menge aber kaum für den Export reiche, der zur Beschaffung von Devisen unerlässlich ist. Er beantragte eine raschere Auszahlung der 50 %igen Rate an jene Gewerbetreibende, die an der Behebung von Fliegenschulden gearbei-

tet haben.

Amtsführender Stadtrat Novy erwähnte in seinem Schlusswort, dass das Land Salzburg einen Holzexport nach der Schweiz durchführe, um im Gegengeschäft Maschinen zu bekommen. Wohl wird damit einem lokalen Erfordernis entsprochen, doch wäre die Notwendigkeit von Holzlieferungen nach Wien zweifellos wichtiger. Darüber könnte aber auch nicht die Salzburger Landesregierung entscheiden, sondern nur die betreffende alliierte Macht. Was die Kanalisierung in Altmannsdorf und Hetzendorf betreffe, so wäre diese von der Regulierung des Liesingbaches abhängig. Zur Behebung der Wasserschäden seien neben den Reparaturarbeiten noch 10 Monteure eingesetzt, die von Haus zu Haus gehen, um an Ort und Stelle die entsprechenden Massnahmen zu treffen.

Stadtrat Novy machte weiters die Mitteilung, dass in den ersten 5 Monaten des Jahres 1946 bereits 4810 Wohnungen nach Reparatur der Benutzung übergeben werden konnten. Für die künftige Bautätigkeit dürfe nicht der Satz gelten, "Wie baue ich!", sondern "Wieviel kann^{ich} mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bauen!" Was die Plattürme betreffe, so wären diese Eigentum des Staates, aber auch dieser könnte darüber noch keine Entschlüsse fassen, weil sich die Alliierten das Verfügungsrecht vorbehalten haben. Der Redner kündigte weiters den Versuch der Erzeugung von Dachziegeln aus Müll an. Aus dem vergangenen Winter wäre noch ein Quantum Brennholz zurückgeblieben, wovon 40 % ev. als Schnittholz Verwendung finden könnten. Ob dies erlaubt wird, hängt von der russischen Besatzungsbehörde ab. Aber auch in diesem Falle würde dieses abgezweigte Quantum auf der Brennholzseite fehlen. Am Schlusse seiner Rede gab Stadtrat Novy seiner Überzeugung Ausdruck, dass nur eine Verstaatlichung die Möglichkeit biete, das Wirtschaftsleben in Österreich wieder in Gang zu bringen. (Beifall bei den Sozialisten).

In der folgenden Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI mit den Stimmen aller drei Parteien angenommen, die eingebrachten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Gemeinderat ging sodann in die Verhandlung des Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII ein. Amtsführender Stadtrat Rohrhofer (ÖVP) erinnerte am Beginn seines Referates an die großen Verdienste, die sich Stadtrat Weber, dem bis zur Teilung des Ressorts

im Feber d. J. auch das von ihm zu vertretende Referat unterstand, auf diesem Gebiete erworben hat. (Beifall)

Es wird sehr schwer sein, setzte Stadtrat Rohrhofer fort, alle Verwüstungen, die die Abteilungen seines Ressorts durch den Krieg erfahren haben, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln aus der Welt zu schaffen.

Die städtischen Gartenanlagen sind nicht nur eine Verschönerung der Stadt, sondern auch ein wichtiges Luftreservoir. Sie haben durch die Kriegseinwirkungen arg gelitten. Es wird schwierig sein, sie wieder instandzusetzen; da auch die städtische Baumschule in Albern und der städtische Reservegarten im 2. Bezirk durch Bombenschäden stark beschädigt wurden. Da der dafür vorgesehene Betrag von 500.000 S viel zu gering ist und mindestens 2,420.000 S aufgewendet werden müßten, ist in nächster Zeit mit einer Wiederherstellung nicht zu rechnen.

Von den 100 zu betreuenden Friedhöfen sind 12 sehr schwer getroffen, zwei mittelschwer und 36 Friedhöfe haben leichtere Beschädigungen erlitten. Am schwersten ist der Zentralfriedhof getroffen worden. Er weist 550 Bombenrichter auf. Es wird nicht möglich sein, noch heuer die Friedhöfe instandzusetzen.

Die Gemeinde Wien hatte 77 Badeanstalten in Ihrer Verwaltung. Durch die Kriegseinwirkungen wurden alle Bäder in Mitleidenschaft gezogen. Dank der Mithilfe des eigenen Personals konnten wenige Wochen nach den Kämpfen das Volkstad im 6. Bezirk und das Thaliabad in Ottakring wieder eröffnet werden. Im Sommer des Vorjahres standen bereits 21 Bäder in Betrieb. Heute sind es schon 42, darunter 22 Warm-, 14 Sommer- und 6 Kinderfreibäder. Der Gesamtbesuch betrug im Jahre 1945 nur 1,800.000 gegen 8,000.000 Personen in früheren Jahren. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres tiefer aber bereits auf 1,700.000. Diese Besucherzahl zeigt, wie wichtig es ist, die Bäder raschest wieder in Ordnung zu bringen. Stadtrat Rohrhofer erwähnte in diesem Zusammenhang, daß leider mit einer Erhöhung der Bäderpreise zu rechnen sein wird.

Im Betrieb sind zwei städtische Wäschereien in Betrieb, und zwar in der Schwenkgasse und in Mödling. Sie reinigen ausschließlich die Wäsche der städtischen Spitäler und Anstalten. Die Zentralwäscherei in der Schwenkgasse besitzt eine Leistungsfähigkeit von 12.000 kg Trockenwäsche, die in Mödling von 800 kg

Trockenwäsche täglich. Mit Rücksicht auf die ungewissen Verhältnisse am Kohlenmarkt wurde schon im August 1945 der Umbau des Reservehochdruckdampfkessels auf Ölfuerung in Aussicht genommen.

Beim städtischen Fuhrwerksbetrieb muß dankbar anerkannt werden, daß die alliierten Mächte einigermaßen den Verlust unserer modernsten Fahrzeuge zu ersetzen versuchten. Die Amerikaner haben uns 270, die Briten 157 Lastkraftwagen und die Rote Armee 65 Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Der städtische Fuhrpark besitzt gegenwärtig 668 Lastkraftwagen, 150 Personenkraftwagen und 74 Sonderfahrzeuge.

Die städtische Straßenpflege hat in den Bezirken 1 bis 21 eine Fahrbahnfläche von 12,370.000 m² und in den übrigen im Stadtgebiet verbleibenden Bezirken eine Fläche von 630.000 m² zu reinigen.

Es ist schwer, hier Ordnung zu halten, weil ein großer Teil der Spezialmaschinen ausgefallen ist. Derzeit sind nur zwei Straßensprengwagen in Betrieb. Hoffentlich wird es gelingen, in den nächsten Monaten weitere solcher Wagen zu beschaffen. Eine Firma hat 100.000 kg Öl zur Verfügung gestellt und so wird es möglich sein, die Straßen wenigstens teilweise wieder ölen zu können.

Es sind nicht nur die Coloniawagen sondern auch die Gefäße zur Müllabfuhr verschwunden. Es ist aber bereits wieder möglich, mit einzelnen Coloniawagen und zum Teil mit gewöhnlichen Lastkraftwagen den Müll abzuführen.

Die Stadtforste haben auch sehr schwer unter den Kriegseinwirkungen gelitten. Der Waldbestand ist durch die Schlägerungen der alliierten Mächte sehr zu Schaden gekommen und auch das Wild ist fast zur Gänze abgeschossen. Es wird noch lange Zeit dauern, bis hier wieder normale Verhältnisse eintreten werden.

Bei dem Kapitel Baupolizei besprach der Redner einen Antrag des Gemeinderates Dr. Kresse betreffend Sprengungen der Hausruinen. 61 Sprengungen wurden bis jetzt in Wien vorgenommen. Manche Hausbesitzer erheben häufig wegen der hohen Kosten gegen die Sprengungen Einspruch. Diese belaufen sich nämlich für ein Gebäude auf 8000 bis 20.000 Schilling. Es be-

stehen keine Bedenken gegen die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung, ob tatsächliche Gründe für eine Sprengung bestehen.

Abschliessend sagte der Referent, dass er die Anregungen und Forderungen der Spezialdebatte sachlich prüfen und in Erwägung ziehen werde. (Beifall)

GR. Fronauer (SPÖ) forderte die beschleunigte Instandsetzung der städtischen Gartenanlagen. Sie bedeuten für die arbeitende Bevölkerung ein unersetzbares Luftreservoir und für die Alten und Siechen eine Erholungsstätte, die sie in Begleitung eines Familienmitgliedes leicht erreichen können. Auch sollte Material bereitgestellt werden, um die vielen zerstörten Gartenbänke wiederherzustellen. Die Instandsetzung der Erholungswiesen, die an der Peripherie der Stadt gelegen sind und die mit geringen Mitteln möglich wäre, sollte raschest durchgeführt werden.

Es sei eine unschöne Sitte, dass man bei Verfall einer Grabstätte den Grabstein umwirft, um zu bezeugen, dass sich niemand um dieses Grab kümmert. Man sollte die Eigentümer zeitgerecht aufmerksam machen, die Grabstätte zu erneuern.

Zum Schluss stellte der Redner einen Antrag, wonach die Gemeinde Wien für die Justifizierte des Faschismus Gräber anschaffen und für die Instandhaltung und würdige Ausgestaltung sorgen sollte. (Beifall).

GR. Schandara (ÖVP) verlangte die Wiederherstellung aller öffentlichen Bäder, besonders des Volksbades auf dem Eissiedlerplatz, das sich eines ausserordentlich hohen Besuches erfreute. Das städtische Strandbad Gänsehäufel ist fast vollständig zerstört und es wäre zweckmässig, bei seiner Wiederherstellung drauf Bedacht zu nehmen, dass es in Zukunft allen modernen Anforderungen entspricht. Der Redner kritisierte die Einrichtung der Reihengräber, weil sie den sanitären Ansprüchen nicht genügen. Er stellte weiters die Forderung, jene jungen Menschen, die noch immer nicht arbeiten wollen, endlich zur Arbeit zu zwingen.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) kam auf das städtische Bad in Kritzen-dorf zu sprechen, in dessen Anlagen sich noch immer Sommerhäuser befinden, die von Nazi gemietet sind, die wohl ihre Pacht bezahlen, aber sich persönlich nach Westen in Sicherheit gebracht haben.

Er forderte die Gemeinde auf, hier Abhilfe zu schaffen.

Gemeinderat Felix Swoboda (SPÖ) verlangte die Leerung der Senkgruben. Wegen Seuchengefahr müßte dieser Sache erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Allein in Simmering gebe es noch 2000 solch überfüllter Senkgruben und es wäre an der Zeit, daß hier energisch zugegriffen werde. Da zu diesem Zweck nur zwei Zisternenwagen zur Verfügung stehen, müßte man darangehen, andere schwere Autos dafür herzurichten.

Gemeinderat Deibl (ÖVP) lenkte das Augenmerk auf die verwaahrlosten Parkanlagen der Stadt, in denen die Kinder heuer ihre Ferien verbringen müssen. Erhöhte Aufmerksamkeit wäre auf die Imkereien zu verwenden, weil sich im heurigen Jahre die Bienenvölker sehr vermindert haben.

Am Schlusse seiner Rede verlangt Gemeinderat Deibl, daß die Kärntnerstraße so bald als möglich wieder dem Verkehr übergeben werde.

Gemeinderat Dienstl (SPÖ) bemängelte die Müllabfuhr in Wien. Er konnte berichten, daß nicht weniger als 30.000 Coloniakübel fehlen. Er wies darauf hin, daß es den mit der Müllabfuhr beschäftigten Arbeitskräften an Kleidern und Schuhen mangle und man es versuchen sollte, solche aus den Bundesländern jenseits der Demarkationslinie zu bekommen.

Gemeinderat Dr. Fischer (ÖVP) errechnete, daß es bei gleichbleibender Leistung in der Schuttbeseitigung bis zur vollständigen Säuberung der Stadt noch 6 Jahre dauern würde und stellte den Antrag, daß kleinere Schuttmengen mittels der täglichen Müllabfuhr abgeräumt werden sollen.

Er begrüßte die beabsichtigte Ölung der Straßen. Weiter forderte er eine bessere Befolgung der Aufforderung, die Hausnummernschilder zu beleuchten und Abschaffung jeglicher Steuer, die damit in Zusammenhang steht.

Gemeinderat Wiedermann (SPÖ) wies darauf hin, daß die an die städtischen Bäder gelieferten Brennstoffmaterialien sich vielfach nicht in den vorhandenen Beheizungseinrichtungen verwenden lassen. Er machte die Mitteilung, daß im Analienbad bereits mit Instandsetzungsarbeiten begonnen wurde. Bei der Strombadeanlage Kuchelau, die vollkommen zerstört sei, wäre noch die Frage zu klären, ob dort weiterhin ein Hafen bleiben sollte oder ob die Kuchelau wieder zum Baden benützlich gemacht wird.

Er forderte die rasche Instandsetzung der Kinderfreibäder und deren baldige Inbetriebnahme. Alles müsse darangesetzt werden, um Wien wieder in die Stadt der Bäder zu verwandeln. (Beifall).

Stadtrat Rohrhofer ging in seinem Schlusswort auf die verschiedenen Anregungen und Forderungen ein.

Um die Strassen richtig reinigen zu können, wären nicht die nötigen Einrichtungen und auch nicht genügend Personal vorhanden. Es kann nur versucht werden, sie mit behelfsmässigen Mitteln durchzuführen.

Zum Wiederaufbau des gänzlich zerstörten Gänsehäufels ist eine Ausschreibung für ein neues Bad vorgesehen.

Um die Bombentrichter auf den Friedhöfen zu beseitigen, sei leider auch nicht genügend Personal vorhanden. Die Steinmetzwerkstätte auf dem Zentralfriedhof verkauft nicht neue Grabsteine, sondern sie richtet beschäftigte Grabsteine neu her und verkauft sie dann.

Die Kündigung der Badehütten in Kritzendorf wird von der Gemeindeverwaltung, soweit es sich um solche von Nationalsozialisten handelt, energisch betrieben.

Es war bisher nicht möglich, das nötige Material zur Herstellung von Colonia-Bezässen zu bekommen, doch bis Jahresende wird eine grössere Anzahl Colonia-Kübel fertiggestellt sein.

Auch zur Reinigung der Bäder fehlt das Material und auch die Brennstoffzuteilung ist leider noch immer äusserst schlecht.

Die Senkgrubenräumung wird jetzt verbessert werden können, da uns die Alliierten Kesselwagen zur Verfügung gestellt haben. Allerdings müssen diese erst auf Fäkalienwagen umgebaut werden.

Zum Schluss betonte der Redner, dass er so weit Optimist sei daran zu glauben, dass es bald gelingen werde, Wien wieder in dem alten Glanz von einst erstehen zu lassen. (Beifall)

Der ordentliche und ausserordentliche Voranschlag der Verwaltungsgruppe VII wurde einstimmig angenommen.

Die vier eingebrachten Abänderungsanträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Schluss der Sitzung um 19 Uhr. Sie wird morgen, Freitag, den 14. Juni um 13 Uhr fortgesetzt.

Ab Sonntag Strassenbahnlinie 117.
=====

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit, dass am Samstag, den 15. Juni l.J. der Betrieb auf der Linie 117 von Floridsdorf am Spitz bis zur Endstelle Leopoldau wieder aufgenommen wird.

Delegation des Österreichischen Städtebundes
=====

beim Finanzminister
=====

Am 13. 6. 1946, hat eine Delegation des Österreichischen Städtebundes unter der Führung des Linzer Bürgermeisters, Nationalrates, Dr. Koref, bestehend aus Vizebürgermeister Dr. Griesenböck, Salzburg, Finanzref. Santner, Villach, Bgmst. Wehrl, Wiener Neustadt und Bundesrat Slavik, beim Finanzminister Dr. Zimmermann vorgesprochen. In einer längeren Aussprache wurden dem Herrn Finanzminister die Wünsche des Österreichischen Städtebundes zu dem im Parlament eingebrachten Finanzausgleichsübergangsgesetz vorgetragen. Vor allem wurde darauf hingewiesen, dass die Gewerbe-, Grund- und Bürgersteuer eine Domäne der Gemeindeverwaltung bleiben soll, da sie das Rückgrat der kommunalen Finanzpolitik bildet. In Bezug auf die vom Krieg schwer geschädigten Gemeinden wurde der Wunsch ausgesprochen, diese so schwer getroffenen Gemeinden ganz besonders bei allen finanziellen Massnahmen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ersuchten die Städtevertreter den Finanzminister, in Zukunft alle Gesetze, die die Interessen der Gemeinden betreffen, dem Österreichischen Städtebund rechtzeitig zur Vorberatung zu übermitteln. Im Laufe der Besprechung hat Finanzminister Dr. Zimmermann der Abordnung die Versicherung gegeben, dass es sein Bestreben sein wird, den notleidenden Gemeinden zu helfen und die vorgebrachten Wünsche einer genauen Überprüfung zu unterziehen.

Delegation des Österreichischen Städtebundes
=====

beim Handelsminister
=====

Eine zweite Delegation des Österreichischen Städtebundes, bestehend aus Bgmst. Dr. Koref, Linz, Bgmst. Potschnik, Villach und Bundesrat Slavik, Wien, hat am gleichen Tage bei Handelsminister Dr. h.c. Heinl vorgesprochen. Im Namen des Städtebundes wurde an den Bundesminister das dringende Ersuchen gerichtet, das Wiederaufbau-

fondgesetz ehestens im Parlament einzubringen, um noch in diesem Jahre durch finanzielle Zuschüsse an die Gemeinden den Wiederaufbau in einem grösseren Ausmasse als bisher zu ermöglichen. Bundesminister Dr. h.c. Heini gab die Erklärung ab, dass er sich bemühen werde, den Gesetzentwurf ehestens einzubringen und eine Bevorschussung aus dem Fond zu erreichen, um die Gemeinden bei ihrer Wiederaufbautätigkeit ehestens unterstützen zu können.

Nachtragsaufruf auf die Zusatzkarten

=====

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Im Nachhang zu dem Ergänzungsaufruf auf die Arbeiter-Zusatzkarten erfolgt nunmehr auch auf die übrigen Zusatzkarten der Nachtragsaufruf für die laufende Woche. Schwerarbeiter erhalten noch 1 Dose Fleischgemüsekonserven zu 12 Unzen auf Abschnitt S 23 und 13 dkg Trockenfleisch gegen Abgabe des Stammabschnittes der Zusatzkarte für die 3. Woche;

Angestellte 1 Dose Fleischgemüsekonserven zu 16 Unzen auf Abschnitt B 14 und 3 dkg Ölmargarine auf Abschnitt B 15; werdende und stillende Mütter 2 Dosen Fleischgemüsekonserven zu je 12 Unzen auf Abschnitt M 20 und 20 dkg Teigwaren auf Abschnitt M 21.

Fleischgemüsekonserven, Ölmargarine und Teigwaren sind nur in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften zu beziehen. Die bei den Fleischhauern lagernden Fleischgemüsekonserven dürfen für diese Zuteilung nicht ausgegeben werden.

Die Abgabe von Trockenfleisch erfolgt durch die Fleischhauer.

Vorausbezug von Kartoffeln

=====

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

In den letzten Tagen sind grössere Kartoffeltransporte in Wien angekommen. Zur Sicherung der Zuteilungen an die Haushaltungen für die nächsten Wochen werden schon jetzt für Rechnung der kommenden Versorgungsperiode auf den Abschnitt 37 der Lebensmittelkarten für alle Verbraucher über 3 Jahre 5 kg Kartoffeln im voraus ausgegeben.

Zur Sicherung der Aufnahmefähigkeit der Verteilerlager sowie zur Vermeidung von Stockungen in den laufenden Anlieferungen sind die aufgerufenen Kartoffelmengen sofort abzuverkaufen. In den Haushaltungen ist auf eine entsprechende Lagerung und Pflege der Kartoffel zu achten, weil der Kartoffelvorrat bis Mitte Juli reichen muss.

13. Juni 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 869

Aufruf an alle Handelsgewerbetreibenden und Gast- und Schank-
=====
gewerbetreibenden des 1. Bezirkes
=====

Über Auftrag der Russischen Kommandantur werden alle Handelsgewerbetreibenden und Gast- und Schankgewerbetreibenden des 1. Bezirkes aufgefordert, längstens bis Dienstag, 18. Juni 1946, werktags von 8 bis 13 Uhr, im Magistratischen Bezirksamt für den 1. Bezirk, Wien 1., Gonzagagasse 7, 3. Stock, Zimmer 9, einen Fragebogen zu beheben.

Die ordnungsgemäß ausgefüllten Fragebogen sind längstens bis Samstag, 22. Juni 1946, werktags von 9 bis 16 Uhr, in der Russischen Kommandantur, Wien 1., Neue Hofburg, 2. Stock, Zimmer 34, abzugeben.